

Wirtschaftsexperten warnen: Rentenpläne gefährden zukünftige Generationen!

28 führende Ökonomen kritisieren die Rentenpläne von Union und SPD und fordern eine Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.

Deutschland - Inmitten der aktuellen Koalitionsverhandlungen zeigen sich tiefgreifende Differenzen über die Reform der Altersvorsorge in Deutschland. Am 8. April 2025 haben sich 28 führende Wirtschaftswissenschaftler in einem offenen Brief gegen die Rentenpläne von Union und SPD ausgesprochen. Die Unterzeichner, darunter prominente Ökonomen wie Monika Schnitzer und Veronika Grimm, äußern gewichtige Bedenken hinsichtlich der geplanten Beibehaltung der „Rente mit 63“ sowie der Stabilisierung des Rentenniveaus. Die Wissenschaftler fordern zudem einen Ausbau der Mütterrente, was jährliche Mehrkosten von 4,5 Milliarden Euro verursachen würde.

Aktuell beträgt das Rentenniveau in Deutschland 48 Prozent. Die Koalition plant, dieses Niveau „zu sichern“, wobei jedoch unklar bleibt, wie dies konkret umgesetzt werden soll. Die anhaltende Alterung der Bevölkerung führt dazu, dass weniger Erwerbstätige immer mehr Ruheständler finanzieren müssen. Die Wissenschaftler warnen, dass die Stabilisierung des Rentenniveaus in den nächsten 20 Jahren zusätzliche 520 Milliarden Euro kosten könnte, was die Beitragssätze zur Rentenversicherung erhöhen würde. Diese Belastung müsste sowohl von den Beschäftigten als auch von den Arbeitgebern getragen werden.

Demografische Herausforderungen

Die demografische Entwicklung in Deutschland zeigt, dass eine langfristige Finanzierungsproblematik in der gesetzlichen Rentenversicherung besteht. Dabei erhalten knapp 61% der Rentner weniger als 1200 Euro netto pro Monat. Besonders dramatisch ist die Situation für Alleinstehende: Jeder Dritte erhält weniger als 750 Euro netto, was unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Diese Missstände zeigen sich auch in der strukturellen Finanzierung der Rentenversicherung, die durch ein Umlageverfahren gestaltet ist. Aktuelle Renten werden durch die Beiträge der Erwerbstätigen gedeckt, was unter den Bedingungen einer sinkenden Geburtenrate und steigenden Lebenserwartung zunehmend problematisch ist.

Der Ausblick auf die kommenden Jahre deutet darauf hin, dass immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Die Regierung bezuschusst die Rentenversicherung bereits mit rund 30 Prozent der Ausgaben, was im Jahr etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Prognosen sehen einen dramatischen Anstieg dieser Zuschüsse vor, wodurch möglicherweise 60 Prozent des Bundeshaushalts für Renten benötigt werden könnten. Dies könnte zu einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf bis zu 23 Prozent bis 2030 führen, um die Finanzierung aufrechtzuerhalten.

Politische Maßnahmen und Vorschläge

In der politischen Diskussion wird häufig das Thema Renteneintrittsalter thematisiert. Bis 2029 soll dieses schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden, wobei Experten eine weitere Anpassung an die Lebenserwartung fordern. Prognosen könnten das Renteneintrittsalter bis 2042 auf 68 Jahre anheben, um den Herausforderungen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden. Während die SPD und die Grünen fest an der Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48% festhalten, zeigt die Union eine weniger klare Position.

Die Notwendigkeit eines gerechten Ausgleichs zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern wird in der aktuellen Legislaturperiode als entscheidend erachtet. Die Wissenschaftler setzen auf ein generationengerechtes Rentensystem, das die Belastung für jüngere Generationen mindert. Da immer mehr geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen, bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Akteure auf einen tragfähigen Entwurf einigen werden.

Die dringende Forderung nach Rentenreformen, die auch Beamte und Selbstständige mit einbeziehen sollen, wird durch die anhaltende Diskussion um Altersarmut, besonders bei Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, verstärkt. Die laufenden Koalitionsverhandlungen stehen auf der Kippe, nicht zuletzt aufgrund der divergierenden Ansichten zu den Rentenreformen.

Für die beteiligten Akteure wird klar: Ein nachhaltiges und gerechtes Rentensystem benötigt weitreichende Lösungen und Kompromisse, um den Herausforderungen der demografischen Veränderung in Deutschland gerecht zu werden.

Süddeutsche Zeitung berichtet, dass ...

Deutschlandfunk bietet zusätzliche Informationen zu den Rentenreformen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.sueddeutsche.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de